

2022.SR000225

Interfraktionelle Motion GB/JAI, SP/JUSO, Mitte, AL/PdA (Franziska Geiser, GB/Katharina Altas, SP/Claudio Righetti, Mitte/David Böhner, AL): Die Stadt Bern verlangt vom Schweizer Bundesrat Massnahmen gegen die Menschenrechtsverletzungen im Iran zu ergreifen; Begründungsbericht

Mit SRB 2023-79 vom 16. Februar 2023 hat der Stadtrat die folgende Motion im Sinne einer Richtlinie erheblich erklärt:

Der Gemeinderat wird beauftragt, beim Schweizerischen Bundesrat folgende Stellungnahme abzugeben:

Die Stadt Bern verurteilt die Menschenrechtsverletzungen im Iran aufs Schärfste und ruft die Schweizer Landesregierung dazu auf, Massnahmen dagegen zu ergreifen. Deshalb fordert die Stadt Bern den Schweizer Bundesrat dazu auf,

1. die aufgrund der Menschenrechtsverletzungen im Iran von der EU beschlossenen Sanktionen gegen Mitglieder des Regimes vollständig zu übernehmen;
2. sich im UNO-Menschenrechtsrat für die Umsetzung des internationalen Untersuchungs- und Rechenschaftsmechanismus einzusetzen, um die systematische Straflosigkeit im Iran anzugehen,
3. Massnahmen zu ergreifen, um die iranische Zivilgesellschaft in ihrem Kampf für die Frauen- und Menschenrechte zu unterstützen.

Begründung:

Seit die 22-jährige Jina «Masha» Amini am 16. September 2022 von der iranischen «Sittenpolizei» für das inkorrekte Tragen ihres Kopftuches zu Tode geprügelt wurde, gehen in Iran zehntausende Menschen gegen das Mullah-Regime auf die Strasse. Die Protestierenden fordern das Ende des unterdrückerischen Regimes um Religionsführer Ali Chamenei. Das Regime reagiert auf die Proteste mit unverhältnismässiger Gewalt.

An Demonstrationen in Bern und in der ganzen Schweiz gegen das iranische Regime wird verlangt, dass die Schweiz sich aktiv gegen die Menschenrechtsverletzungen im Iran einsetzt. Doch die Antwort des Bundesrates auf die Brutalität des iranischen Regimes ist bisher ungenügend. Die Schweiz muss die iranische Zivilgesellschaft in ihrem Kampf für die Frauen- und Menschenrechte unterstützen, sich im UNO-Menschenrechtsrat für die Umsetzung des beschlossenen Untersuchungs- und Rechenschafts-Mechanismus einsetzen und endlich die EU-Sanktionen gegen Mitglieder des iranischen Regimes (?) übernehmen.

Der Bundesrat hat zwar diejenigen EU-Sanktionen gegen den Iran übernommen, welche aufgrund der Drohnenlieferungen an Russland verhängt wurden. Die Sanktionen, welche die EU aufgrund der unhaltbaren Menschenrechtssituation im Iran verhängt hat, wurden von der Schweiz hingegen bisher nicht übernommen. Im Sinne einer konsequenten Schweizer Haltung für Frieden, Demokratie und Menschenrechte darf die Schweiz deshalb nicht länger abseitsstehen und muss die Sanktionen gegen den Iran übernehmen.

Bern, 08. Dezember 2022

Erstunterzeichnende: Franziska Geiser, David Böhner, Claudio Righetti

Mitunterzeichnende: Milena Daphinoff, Sibyl Martha Eigenmann, Lionel Gaudy, Valentina Achermann, Sara Schmid, Diego Bigger, Nicole Bieri, Sofia Fisch, Nora Joos, Anna Jegher, Mahir Sancar, Sarah Rubin, Lea Bill, Seraphine Iseli, Jelena Filipovic, Anna Leissing, Katharina Gallizzi, Mirjam Arn, Ursina Anderegg, Eva Chen, Matteo Micieli, Lukas Wegmüller, Halua Pinto de Magal-

hães, Chandru Somasundaram, Laura Binz, Michael Sutter, Nora Krummen, Bernadette Häfliger, Johannes Wartenweiler, Dominic Nellen, Barbara Keller, Szabolcs Mihalyi, Katharina Altas, Regula Bühlmann

Bericht des Gemeinderats

Der Inhalt der vorliegenden Motion betrifft inhaltlich einen Bereich, der in der Zuständigkeit des Gemeinderats liegt. Der Motion kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu. Der Gemeinderat hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grads der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags. Zudem bleibt die Entscheidungsverantwortung bei ihm.

Der Gemeinderat teilt die Haltung der Motionärinnen und Motionäre und verurteilt die Menschenrechtsverletzungen im Iran scharf. Um der geforderten Intervention beim Bundesrat mehr Gewicht zu geben, hat der Gemeinderat das Gespräch mit anderen Städten und dem Schweizerischen Städteverband gesucht, um in einem gemeinsamen Schreiben an den Bundesrat zu gelangen.

Das Anliegen der Stadt Bern wurde von acht weiteren Städten (Basel, Biel, Genf, Lausanne, Luzern, St. Gallen, Winterthur und Zürich) unterstützt. Im Namen der Stadtpräsidentinnen und -präsidenten der neun grössten Schweizer Städte wurde in einem Brief vom 23. März 2023 an den Gesamtbundesrat appelliert, die Massnahmen gegen die Menschenrechtsverletzungen im Iran zu verstärken. Die Stadtpräsidentinnen und -präsidenten teilten dem Bundesrat die Besorgnis der Bürgerinnen und Bürger ausgelöst durch die Brutalität, mit der die Regierung Irans auf die Proteste der Zivilbevölkerung reagiert, mit. Sie nahmen Bezug auf die Bestrebungen im nationalen Parlament, wie die Erklärung des Nationalrates «Für Menschenrechte und Demokratie im Iran», welche am 16. Januar 2023 eingereicht wurde. Im Sinne einer konsequenten Schweizer Haltung für Frieden, Demokratie und Menschenrechte dürfe die Schweiz nicht länger abseitsstehen. Die Stadtpräsidentinnen und -präsidenten forderten darum den Bundesrat auf, den Beschluss vom 2. November 2022, die im Zusammenhang mit den aktuellen Protesten erlassenen EU-Sanktionen gegenüber dem Iran nicht zu übernehmen, nochmals zu überdenken. Der Bundesrat solle sich zudem im UNO-Menschenrechtsrat für die Umsetzung des internationalen Untersuchungs- und Rechenschaftsmechanismus einsetzen, um die systematische Straflosigkeit im Iran anzugehen, und Massnahmen ergreifen, um die iranische Zivilgesellschaft in ihrem Kampf für die Frauen- und Menschenrechte zu unterstützen.

Über diese Intervention wurden die Medien am 28. März 2023 mittels einer gemeinsamen Medienmitteilung der beteiligten Städte informiert. ([Medienmitteilung](#))

Der Bundesrat nahm in seinem Antwortschreiben vom 18. April 2023 Bezug zum städtischen Appell. Er teilt die Besorgnis über die Gewaltanwendung der iranischen Sicherheitskräfte im Rahmen der Proteste, ist allerdings der Ansicht, dass er die Anliegen zur Förderung der Frauen- und Menschenrechte und der Stabilität in der Region auf der Basis seiner Schutzmachtmandate und der damit verbundenen besonderen Rolle im Verhältnis zu Iran im direkten Dialog mit den Behörden gezielter platzieren kann als mit der Übernahme zusätzlicher Sanktionen.

Folgen für das Personal, die Finanzen und das Klima
Keine.

Bern, 20. September 2023

Der Gemeinderat